

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

Kurz kommentiert: EWS - EG-Agrarmarkt - Energie-Gipfel -  
Weltentwicklungsbericht - Vereinte Nationen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) : Kurz  
kommentiert: EWS - EG-Agrarmarkt - Energie-Gipfel - Weltentwicklungsbericht - Vereinte Nationen,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 10, pp. 478-479

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135364>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen  
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle  
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich  
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen  
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,  
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort  
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal  
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to  
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the  
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content  
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise  
further usage rights as specified in the indicated licence.*

## EWS

### Halbherziger Kompromiß

---

In der Nacht zum 24. September wurden in Brüssel beim Europäischen Währungssystem (EWS) die ersten Kurskorrekturen seit seinem sechsmonatigen Bestehen vereinbart. Die Maßnahme kam nicht überraschend. Unterschiedliche Wirtschaftspolitiken in den Mitgliedsländern mit erheblich divergierenden wirtschaftlichen Daten schon bei der Einführung des EWS ließen relativ frühe Kurskorrekturen erwarten. Als dann der jüngste Dollar-Sturzflug die Nachfrage nach D-Mark stark erhöhte und die Devisenzuflüsse der deutschen Stabilitätspolitik zuwiderliefen, war der Anstoß für Kursanpassungen gegeben. Das Ergebnis fiel recht bescheiden aus: Die D-Mark wurde um 2 % auf- und die dänische Krone um 3 % gegenüber den anderen EWS-Währungen abgewertet. Die übrigen Währungen, wie z. B. der stark unter Druck geratene belgische Franc, blieben von Änderungen ihrer bilateralen Leitkurse verschont, obwohl auch hier Korrekturen notwendig gewesen wären.

Die wirtschaftspolitische Konstellation in den Mitgliedsländern wird auch in Zukunft Kurskorrekturen erforderlich machen. Sollen diese Maßnahmen Ruhe an den Devisenmärkten herstellen, ist es notwendig, daß sie im Einklang mit den ökonomischen Realitäten vorgenommen werden. Die Beschlüsse von Brüssel stellen einen Kompromiß zwischen währungspolitischen Notwendigkeiten und der Berücksichtigung anderer Interessen, wie z. B. der EG-Agrarpolitik, dar. Da auch bei zukünftigen Kursanpassungen ähnliche Probleme zu erwarten sind, wird man nicht umhin können, der Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken der EWS-Mitgliedsländer ein größeres Gewicht einzuräumen, wenn das EWS als Stabilitätszone in Europa langfristig Bestand haben soll. auv

## EG-Agrarmarkt

### Unveränderter Grenzausgleich

---

Auf ihrem informellen Treffen in Dublin haben die EG-Agrarminister Anpassungen im monetären Bereich des Agrarsektors beschlossen. Notwendig wurden diese Maßnahmen durch die 2%ige D-Mark-Aufwertung und die 3%ige Abwertung der Dänenkrone gegenüber den Leitkursen der anderen EWS-Mitgliedsländer.

Die Beschlüsse, die am 1. Oktober in Kraft traten, sehen im wesentlichen eine Abwertung der „Grünen Paritäten“ in den Weichwährungsländern vor – verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung der nationalen Agrarpreise in Frankreich, Italien, Großbritannien und Irland um rund 1 % und in Dänemark um knapp 4 %. Die in nationaler Währung festgelegten Richt- und Mindestpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Belgien, Luxemburg, Holland und der Bundesrepublik werden sich dagegen nicht verändern. Auch beim sogenannten Grenzausgleich tritt mit Ausnahme der Benelux-Länder keine Änderung ein.

Eine weitere Anhebung des ohnehin schon hohen Grenzausgleichs für die deutsche Landwirtschaft konnte vermieden werden, da in der Verordnung über die Anwendung des EWS auf die Gemeinsame Agrarpolitik bei der Ermittlung jedes neuen positiven Grenzausgleichsbetrages eine Freimarge von 1 % der Paritätenänderung berücksichtigt wird. Bei der jetzt vorgenommenen Aufwertung der D-Mark um 2 % ergibt sich innerhalb des ECU-Währungskorbes nur eine Höherbewertung von ca. 1 %, so daß sich für einen zusätzlichen Ausgleichsbetrag ein Wert von ca. Null ergibt. Damit ist erstmals eine D-Mark-Aufwertung zur großen Enttäuschung der deutschen Landwirte nicht durch den Grenzausgleich abgedeckt, und die Landwirtschaft wird – wie alle übrigen Wirtschaftsbereiche – direkt von den Aufwertungsfolgen im (Agrar-)Außenhandel betroffen. Das ist der Preis, den sie für die progressive Verwirklichung der Wiederherstellung eines „echten“ gemeinsamen Preisniveaus im EG-Agrarhandel zahlen muß. cb

## Energie-Gipfel

### Absichtserklärungen

---

Ein Vierteljahr nach Tokio haben die sieben großen westlichen Industriestaaten beim Energie-Treffen in Paris erneut ihren festen Willen bekräftigt, zu den vereinbarten Ölimportzielen für 1985 zu stehen und im wesentlichen die Importe auf dem Stand von 1978 einzufrieren. Auch die EG-Länder, von denen nur vier dem Kreis der „Großen Sieben“ angehören, haben ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt, indem sie bis zur Konferenz der Forderung nachgekommen sind, sich auf Zahlen für alle neun Mitgliedsländer festzulegen. Wenn man darüber hinaus berücksichtigt, daß bei dem Energie-Treffen auch in der Frage der einheitli-

chen Erfassung der Importe durch die EG-Kommission und die Internationale Energieagentur Einigung erzielt werden konnte, bestünde eigentlich Grund zur Zufriedenheit.

Allerdings ist es eine Sache, Absichtserklärungen abzugeben, aber eine ganz andere, die proklamierten Ziele auch zu erreichen. Und hier stimmt die Bilanz von Paris weniger optimistisch. Denn es entsteht der Eindruck, daß die unterschiedlichen Auffassungen der Konferenzteilnehmer über die zukünftige Energieversorgung und die zu ergreifenden Maßnahmen einfach ausgeklammert wurden, um das Bild der einmütigen Entschlossenheit nicht zu trüben. Insofern erscheint es auch höchst zweifelhaft, ob die vorgesehenen Importlimits eingehalten werden können. Denn schon die Vereinbarung, in diesem Jahr 5 % weniger Öl zu importieren, läßt sich nicht realisieren. Wenn die westlichen Ölverbrauchsländer glaubwürdig bleiben und nicht von sich aus den Erzeugerländern den Anlaß dafür liefern wollen, aus „erzieherischen“ Gründen den Ölpreis zu erhöhen oder den Ölhahn weiter zuzudrehen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als nun endlich ernsthaft eine gemeinsame Strategie für die zukünftige Energiepolitik zu entwickeln. ma

---

## Weltentwicklungsbericht

### Erschreckende Projektionen

---

Der zweite Weltentwicklungsbericht, den die Weltbank im August vorlegte, wird die Stimmung engagierter Entwicklungspolitiker kaum heben. Denn selbst unter Zugrundelegung reichlich optimistischer Annahmen für die Projektionen wird die Zahl der Menschen, die im Jahre 2000 in absoluter Armut leben werden, auf 470 Mill. geschätzt. Und in diesem Fall wird immerhin unterstellt, daß die Industrieländer zwischen 1980 und 1990 mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 4,2 % pro Jahr aufwarten können – mit all seinen positiven Konsequenzen für die Entwicklungsländer.

Betrachtet man indessen die 70er Jahre, so läßt sich nicht übersehen, daß die Ölkrise und die anschließende Rezession bei den Industrieländern nur noch reale Wachstumsraten von durchschnittlich 3,4 % jährlich zugelassen haben. Da der Welt zum Ende dieser Dekade die iranische Revolution und eine deutlich veränderte Rolle Saudi-Arabiens in der OPEC beschert wurde, ist es höchst fraglich, ob die westliche Welt zu Wachstumsraten der angenommenen Höhe zurückkehren wird. Denkbar ist auch, daß die Industrieländer auf dem Wachstumspfad der 70er Jahre verharren,

weniger Entwicklungshilfe leisten können, neue Handelshemmnisse errichten und dadurch die Entwicklungsländer ebenfalls in ihrer Expansion bremsen. In diesem pessimistischen Fall hätten wir sogar mit 710 Mill. Hungernden zu rechnen.

Das Verdienst der Weltbank liegt darin, den Versuch gewagt zu haben, beide Entwicklungsmöglichkeiten mit ihren Konsequenzen neben die Grundversion – vermutlich 600 Mill. absolut Arme – zu stellen. Hierbei wurde mit wenigen Zahlen verdeutlicht, wie sehr der Fortschritt in den Ländern der Dritten Welt auch vom Wohl und Wehe der westlichen Industrieländer abhängt. ho

---

## Vereinte Nationen

### Nord-Süd-Energiedialog

---

Zum Auftakt der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen haben die Entwicklungsländer ihre Absicht erklärt, wie bisher auch künftig ihre Forderungen in einem Paket vorzutragen und dadurch ihren Vorstellungen Gewicht zu verleihen. Diese Haltung überrascht nach den Ergebnissen der UNCTAD V und der UN-Konferenz über Wissenschaft und Technologie für Entwicklung nicht, zeigte doch der Ausgang dieser Tagungen, daß die Industrieländer den weitgehenden Forderungen der armen Länder wirksam Widerstand leisten konnten.

Der Vorschlag des deutschen Außenministers bei der Generalversammlung, einen weltweiten, langfristigen Energiedialog mit allen beteiligten und betroffenen Staaten aufzunehmen, signalisiert die Bereitschaft, die anstehenden Probleme partnerschaftlich zu lösen. Damit hat die Bundesrepublik Deutschland, die sonst eher defensive Positionen in internationalen Verhandlungen bezieht, einen konkreten Lösungsvorschlag angeboten.

Ob er allerdings Zustimmung findet, ist mehr als fraglich. Denn die Ansichten über den Nutzen von globalen Energiegesprächen sind geteilt. Der Ausgang der Energiediskussion im europäisch-arabischen Dialog und die Gespräche in Manila über das Thema Energie zeigten deutlich die erheblichen Schwierigkeiten eines solchen Vorhabens. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß die überragende Bedeutung des Energieproblems bald alle Staaten von selbst zwingen wird, künftig Eigeninteressen zurückzustellen und dadurch langfristig gemeinsam einige Hindernisse für einen erfolgreichen Energiedialog auszuräumen. mk